

Rucht, Dieter

**Book Part**

## Die Bürgerinitiativbewegung: Entwicklungsdynamik, politisch-ideologisches Spektrum und Bedeutung für die politische Kultur

**Provided in Cooperation with:**

WZB Berlin Social Science Center

*Suggested Citation:* Rucht, Dieter (1983) : Die Bürgerinitiativbewegung: Entwicklungsdynamik, politisch-ideologisches Spektrum und Bedeutung für die politische Kultur, In: Peter Grottian, Wilfried Nelles (Ed.): Großstadt und neue soziale Bewegungen, ISBN 3-7643-1483-4, Birkhäuser Verlag, Basel ; Boston ; Stuttgart, pp. 57-82

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112551>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## WZB-Open Access Digitalisate

## WZB-Open Access digital copies

---

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH  
Bibliothek und wissenschaftliche Information  
Reichpietschufer 50  
D-10785 Berlin  
E-Mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)  
Library and Scientific Information  
Reichpietschufer 50  
D-10785 Berlin  
e-mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

---

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Dieter Rucht

DIE BÜRGERINITIATIVBEWEGUNG - ENTWICKLUNGSDYNAMIK, POLITISCH-IDEOLOGISCHES SPEKTRUM UND BEDEUTUNG FÜR DIE POLITISCHE KULTUR\*

0. EINLEITUNG

Angesichts der neuen Protestbewegungen in westlichen Industriegesellschaften zeigt sich derzeit eine Ratlosigkeit in mehrfacher Hinsicht. Dies ist einmal die Irritation von Politikern, Verwaltungsbeamten und politischen Publizisten. Sie verweisen auf die eigenartige Kluft zwischen Stabilität der Institutionen, hoher Wahlbeteiligung, überragender Stellung etablierter Parteien, materieller Wohlfahrt usw. einerseits und die Breite und Radikalität einer gleichsam "unbegründeten" Protestbewegung andererseits. Es ist zweitens die Ratlosigkeit eines großen Teils der politischen Linken, derzeit unschlüssig oder uneinig, ob sie auf den weitgehend ohne ihre Hilfe gestarteten Zug aufspringen soll, ob und wie sie die eingeschlagene Richtung beeinflussen kann - und die nicht zuletzt deshalb "Große Ratschläge"<sup>1</sup> veranstaltet. Es ist drittens die Ratlosigkeit von Sozialwissenschaftlern, welche unter dem Eindruck der Heterogenität dieser neuen Bewegungen zu einer abwartenden Haltung neigen, zumal duale Kategoriensysteme wie rechts/links, romantisch/realistisch oder systemimmanent/systemüberwindend nicht mehr so recht greifen wollen. Schließlich offenbart sich die Unsicherheit eines guten Teil der Protestbewegungen in bezug auf die eigene Standortbestimmung und die einzuschlagenden Strategien.

Stark generalisierende Analysen der "neuen" bzw. "neopopulistischen" Protestpotentiale interpretieren diese zumeist auf dem Hintergrund eines Wertwandels von materialistischen zu postmaterialistischen Orientierungen (im Anschluß an INGLEHART 1977), eines "Unbehagens in der Modernität" (vgl. BERGER/BERGER/KELLNER 1975) oder eines epochalen Wechsels vom "Verteilungsparadigma" zum "Paradigma der Lebensweise" (vgl. RASCHKE 1980). Hier wäre zumindest zu fragen, ob derartige Deutungsversuche nicht eine durchaus fruchtbare Perspektive überstrapazieren und zudem

---

\* Dieser Aufsatz - in einigen Passagen überarbeitet, in anderen stärker auf den Kontext des Sammelbandes ausgerichtet - erschien zuerst unter dem Titel "Die Bürgerinitiativbewegung als Teil einer intermediären politischen Kultur" im Journal für Sozialwissenschaften (Wien), Heft 4/1981.

die spezifischen Entstehungsbedingungen und Inhalte der verschiedenen Protestpotentiale vorschuell ausblenden. Die Interpretationen, die auf der Ebene der neokorporatistischen Politikformulierung und den damit verbundenen Marginalisierungstendenzen (vgl. MARIN 1980; HEINZE 1981) oder des Systems der Konkurrenzparteien (vgl. OFFE 1980) ansetzen, bilden einen ergänzenden Erklärungsfaktor, zumal sie - im Gegensatz zu den oben angedeuteten Analysen - eine Antwort auf die Frage geben können, warum dieser Protest die spezifische Form einer sozialen Bewegung annimmt.

Die folgenden Überlegungen haben durchaus die allgemeine Perspektive des Wertwandels bzw. Paradigmenwechsels im Auge, setzen jedoch bei der relativ überschaubaren Bürgerinitiativbewegung als einem politisch relevanten Teil der neuen Protestpotentiale an. Hierbei sollen folgende Fragen aufgegriffen werden:

1. Gibt es eine Entwicklungsdynamik der Bürgerinitiativbewegung im Sinne eines (kumulativen) politischen Lernprozesses?
2. Wo steht diese Bewegung derzeit nach ihrem politischen Anspruch und Selbstverständnis?
3. Welche Rolle spielt die Bürgerinitiativbewegung im Rahmen eines sich abzeichnenden Wertwandels bzw. eines Gegensatzes zweier politischer Kulturen?
4. Erfüllt die Bürgerinitiativbewegung - zum Teil wider ihren eigenen Anspruch - eine affirmative und adaptive Funktion im Rahmen bestehender ökonomischer und politischer Verhältnisse?

Aus der einleitenden Einschätzung der derzeitigen Situation wird deutlich, daß diese Überlegungen einen explorativen, zuweilen spekulativen Charakter tragen. Darin ist zugleich das praktische Interesse, das theoretische "Wagnis" wie auch die Offenheit gegenüber kritischen Einwänden angelegt.

#### 1. DIE ENTWICKLUNGSDYNAMIK DER BÜRGERINITIATIVBEWEGUNG IN DER BUNDESREPUBLIK

Die bisherige Entwicklung von Bürgerinitiativen (BI) läßt sich als eine Folge von drei Phasen rekonstruieren. Mit dieser analytischen Typisierung sollen lediglich Trends aufgezeigt werden. Unverkennbar sind einzelne BI sowohl zeitlich als auch inhaltlich von diesem Schema abgewichen.

- a) Ende der 60er Jahre fanden BI in der Bundesrepublik als eine politische Kraft erste Aufmerksamkeit.<sup>2</sup> Kennzeichnend für diese Jah-

re war das Auftreten von BI als "Ein-Punkt-Aktionen", d.h. die Konzentration auf einen konkreten und lokalisierbaren Mißstand im Reproduktionsbereich, auf eine Lücke staatsinterventionistischer Tätigkeit oder auf eine mißliebige oder existenzbedrohende Planungsmaßnahme. Dieser punktuellen Betroffenheit bzw. Politikwahrnehmung entsprach das weitgehend unverbundene Nebeneinander der BI. Mißstände galten vielfach als Restposten einer restaurativen und konservativen Nachkriegsära oder als Betriebsunfälle einer neuen Politik, die innere Reformen und Demokratisierung versprach, die politische Planung entdeckte und erwartete Produktivitätszuwächse bereits im voraus verteilte.

Allenfalls auf der relativ überschaubaren Ebene der Kommunen war einzelnen BI deutlichen geworden, daß die "Unwirtlichkeit unserer Städte" (MITSCHERLICH) systematisch erzeugt war, also strukturelle Ursachen hatte, die weniger auf die Kurzsichtigkeit von Planern und Politikern, sondern vielmehr auf die Dominanz von Kapitalverwertungsinteressen zurückgeführt werden konnten. Deshalb kritisieren diese BI die Rolle von Privateigentum und Bodenrecht, aber auch die Formen von Partizipation, die gerade auf die Vermeidung einer materiellen Interessenwahrnehmung der Betroffenen angelegt waren (z.B. Bürgerforen, Bezirksausschüsse). Insgesamt gesehen bewegte sich das bürgerschaftliche Engagement dennoch innerhalb des gegebenen Rahmens. Es war im wesentlichen eine Politik der **A k t i v i e r u n g**. Entsprechend begrüßten auch Vertreter der Parteien die BI als "Belebung" oder "Ergänzung" des parlamentarischen Systems.

b) Die Verbreiterung und Verknüpfung des Themenspektrums und die organisatorische Konsolidierung und Verflechtung der BI sind Charakteristika einer zweiten Phase, die etwa ab 1973 angesetzt werden kann.

Die globalen "Grenzen des Wachstums" waren einer breiten Öffentlichkeit ins Bewußtsein gerückt worden, der Begriff "Lebensqualität" gewann an Bedeutung, die sog. Ölkrise vom Herbst 1973 offenbarte die ökonomischen Abhängigkeiten, die Rezession ab 1974 zerstörte schließlich die Wachstumshoffnungen, die noch den Orientierungsrahmen '85 der SPD geprägt hatten. Ohnehin war bereits klar geworden, daß qualitative Reformen sowie kohärente und langfristige Gesamtplanungen im Gegeneinander von Fachressorts, im Geflecht föderalistischer Vetopositionen und schließlich im Gefolge einer gesamtpolitischen Gegenreform steckengeblieben waren. Die Regierungspolitik wechselte nahezu bruchlos von der Reform euphorie zu

Pragmatismus und Krisenmanagement, wie es die Ablösung von Willy Brandt durch Helmut Schmidt sinnfällig verkörperte.

In dieser Phase der Ernüchterung waren BI weitgehend auf ihre eigene Kraft verwiesen. Die wachsende Einsicht in die inneren Problemzusammenhänge, die Unglaubwürdigkeit einer bloßen Sankt-Florians-Politik und die relative Aussichtslosigkeit isolierter Protestaktionen begünstigten eine engere Kooperation von BI und führten zu regionalen und bundesweiten Zusammenschlüssen.

Die Auseinandersetzungen um das geplante Atomkraftwerk in Wyhl im Jahr 1975 hatten eine Signalwirkung (vgl. RUCHT 1980). Die Bauplatzbesetzung bedeutete eine neue Eskalationsstufe des Konflikts; lokale Verankerung und soziale Zusammensetzung der Protestierenden erschwerten deren Diffamierung; die Parole "kein Atomkraftwerk in Wyhl und anderswo" signalisierte die bewußte Abkehr vom Sankt-Florians-Prinzip; die enge Kooperation der regionalen Gruppen - auch über die französische und schweizerische Grenze hinweg - war Ausdruck eines übergreifenden Problembewußtseins. Schließlich hatte das Thema Atomkraft eine focusierende Wirkung für die Kritiker des Wachstumsdogmas, der zentralistischen Großtechnik, der personellen Verflechtung von politischen und ökonomischen Eliten, der einseitigen Instrumentalisierung von Wissenschaft und Technik, der systematischen Verdrängung von industriellen und technologischen Folgelasten und der Neigung zu repressiven anstelle von diskursiven Formen der Konfliktlösung.

Erst in dieser zweiten Phase kann von einer Bürgerinitiativebewegung (vgl. MAYER-TASCH 1976; RAMMSTEDT 1980) gesprochen werden. Diese Etappe der Formierung sollte allerdings nicht auf die Anti-Atomkraft-Initiativen und deren spektakuläre Aktionen in Wyhl, Brokdorf, Grohnde und Gorleben reduziert werden. Die Masse der BI verteilte sich auf die verschiedensten Problemfelder und agierte dort eher unauffällig. Dennoch begriff sich wohl die Mehrzahl der Gruppen als Teil einer basis-demokratisch und ökologisch orientierten Gesamtbewegung. Im Unterschied zur Studentenbewegung liegt hier allerdings der Akzent nicht auf kapitalismuskritischen, sondern auf anti-industriellen und anti-modernistischen Positionen.

c) Diese expansive Phase erreichte etwa 1977 ihren vorläufigen Endpunkt, 1976/77 hatten sich zunehmend Gegenkräfte formiert, unter denen vor allem die Gewerkschaften eine herausragende Rolle spielten (vgl. HAL-LERBACH 1978; MEZ/WILKE 1977), zumal sie von seiten der BI nicht ein-

fach einem politischen Feindbild zugeschlagen werden konnten. Während sich in der Wachstumsdebatte und in der Frage der Atomenergie die Fronten verhärteten und die Argumente auf beiden Seiten stereotypisierten, suchten die SPD und FDP die parteiinternen Auseinandersetzungen durch vage Kompromißformeln zu überbrücken.<sup>3</sup>

Direkte Konfrontationen vor Ort, vor allem an den Bauplätzen von Atomkraftwerken, hatten sich angesichts eines paramilitärisch gerüsteten Polizeiapparats zunehmen als problematisch erwiesen. Nach den blutigen Konflikten in Brokdorf und Grohnde begann die Öffentlichkeit zwischen friedliebenden Bürgern und militanten Chaoten zu sortieren, zumal eine Reihe von kommunistischen Gruppen die BI als neue Massenbewegung entdeckt und teilweise unterwandert hatte.<sup>4</sup>

Die BI-Bewegung mußte ihren Standort überdenken und sich auf programmatische wie strategische Alternativen besinnen. Hierzu gehörten zum einen die Verlagerung von der unmittelbaren Konfrontation auf geregelte Verfahren (Gerichte, Hearings, Mobilisierung von Gegenexperten) sowie der Versuch, mit ökologisch und basisorientierten Parteien bzw. Listen in den Parlamenten Fuß zu fassen. Andere Gruppierungen konzentrierten sich in bewußter Abkehr von diesem verfahrensförmig kanalisiertem Protest auf die vorwiegend in den USA entwickelten Formen des "zivilen Ungehorsams" und der "gewaltfreien Aktion". Unter Berufung auf eine höherrangige Legitimität ("Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht") stützten sich diese BI auf "disruptive" Widerstandsformen (vgl. SPECHT 1973) dicht vor oder jenseits der Schwelle zur Illegalität. Drittens suchten BI konstruktive Alternativen und Modelle zu entwickeln und sich an deren technische wie politische Durchsetzung zu machen (regenerierbare Energien, biologischer Landbau, alternative Verkehrskonzepte, erneuernde Stadtsanierung usw.). Schließlich begannen Teile der genannten und auch neu hinzutretende Gruppen ihre eigene Lebenspraxis radikal zu ändern, d.h. abstrakte Orientierungen hier und jetzt umzusetzen ("neuer Lebensstil") und "alternative" Formen der Produktion und Reproduktion in überschaubaren Solidargemeinschaften zu erproben.

Diese Entwicklungen hatten eine durchaus ambivalente Wirkung. Einerseits förderten sie interne Polarisierungstendenzen der BI-Bewegung (z.B. durch die Auseinandersetzungen über den Sinn und Zweck einer Wahlbeteiligung von "Grünen" und "Bunten"). Andererseits erhöhten sie, vor allem dank der Gegenexperten, die sachliche und personelle Glaubwürdigkeit von BI, so daß einzelne ihrer Forderungen zu Bestandteilen der offiziellen,

wenn auch oft nur rhetorisch zu verstehenden Programmatik von Regierungen und etablierten Parteien erklärt wurden.

Die angedeuteten Entwicklungsstufen sollen noch einmal zusammengefaßt und auf die ihnen immanenten kollektiven Lernprozesse bezogen werden:

Schema 1: Entwicklungsphasen der BI-Bewegung:

Phase	BI-Bewegung	vorherrschende Reaktionen bei Regierungen und Parteien
1968-73	thematische Begrenzung (Ein-Punkt-Aktion) und organisatorische Vereinzelung "Politik der Aktivierung"	integrative Strategien (Belebung und Ergänzung der Parteiendemokratie)
1973-77	thematische Erweiterung, organisatorische Verflechtung, Abkehr vom St. Floriansprinzip, Radikalisierung des Protests "Politik der Formierung"	Verunsicherung, Strategien der Spaltung (Umarmung einerseits und Abgrenzung andererseits)
ab 1977	Suche nach Alternativen: - verfahrensgeregelter Protest (v.a. grüne Parteien und Listen) - ziviler Ungehorsam - wissenschaftlich-technische Gegenentwürfe - neuer Lebensstil "Politik in erster Person"	Mobilisierung von Gegenkräften, Übernahme von Teilforderungen, vorübergehende Verunsicherung durch parlamentarische Konkurrenz Vorwurf des Partikularismus und Utopismus

Im Verlauf dieser Phasen hatten die BI jeweils auf spezifische Herausforderungen zu reagieren. Die Antworten lassen sich als politische Lernprozesse interpretieren, die sich als aggregierte Erfahrungen niederschlugen, neu hinzukommenden Gruppen vermittelt wurden und in entsprechende Handlungsstrategien mündeten.

Das folgende Schema illustriert diesen Zusammenhang:



Schema 2: Lernprozesse von Bürgerinitiativen

Zeit	Erfahrung	Strategie
1968	relative Wirkungslosigkeit isolierter Aktionen, Borniertheit der Sankt-Florians-Strategie, Zusammenhang der Einzelprobleme	Ein-Punkt-Aktionen
1973	Breitenwirkung des Protests Stärke der formierten Gegenkräfte	Kooperation und Koordination, wissenschaftliche Fundierung der Kritik, öffentlichkeitswirksame und spektakuläre Aktionen
1977	Problematik militanter Aktionen Teilerfolge und Pyrrhussiege interne Polarisierung	Suche nach Alternativen: - Ausweitung legalistischer Protestformen, Parlamentarisierung des Protests, - ziviler Ungehorsam, - wissenschaftlich-technische Gegenentwürfe, - neuer Lebensstil
1980/81	Stagnation	strategische Unsicherheit

## 2. DAS POLITISCH IDEOLOGISCHE SPEKTRUM UND SELBSTVERSTÄNDNIS DER BÜRGERINITIATIVBEWEGUNG

Der einleitende Hinweis, große Teile der BI seien gegenwärtig ratlos, bedeutet keineswegs, daß diese Gruppen ihre Arbeit niedergelegt hätten. Er bezieht sich darauf, daß bisher weder militante noch verfahrensgeregelte Protestformen die erhoffte Wirkung zeitigten und derzeit verbindliche und erfolgversprechende Strategien kaum in Aussicht stehen. Vielmehr ist die gegenwärtige Situation eher von Richtungskämpfen, Grundsatzdebatten und Ideologisierungstendenzen geprägt (vgl. RAMMSTEDT 1980). Nach jahrelangen Auseinandersetzungen und politischen Erfahrungen befindet sich die Bürgerinitiativbewegung in einer inneren wie äußeren Patt-Situation. Der tiefere Grund für diese Lage ist - neben externen Faktoren - das in sich widersprüchliche politische Spektrum, aus dem sich die BI-Bewegung zusammensetzt. Diese Gegensätze konnten solange latent gehalten werden, wie

sich die BI-Bewegung als **Negativkoalition** (gegen die Wachstumsideologie, gegen den Parteienstaat, gegen die Atomprogramme usw.) definierte, Profilierungsversuche einzelner Strömungen unterblieben und ein relativ einheitlicher Erfahrungshorizont auch zu gemeinsamen Schlüssen führen konnte. Die **mehrgleisigen** und auf unterschiedliche Potentiale zielenden Strategien der Gegner von BI führten jedoch zu einer Freilegung der latenten Gegensätze und schafften somit zusätzliche Ansatzpunkte für eine Kritik, die bereits den Tatbestand der Heterogenität zum Vorwurf erhob. Somit wuchs im Lager der BI das Bedürfnis nach einer ideologischen Rechtfertigung und Vereinheitlichung.

Geht man zunächst von dem herkömmlichen Rechts-Links-Kontinuum aus, das sowohl in der empirischen Wahl- und Parteienforschung breite Anerkennung findet als auch im Alltagsbewußtsein verankert ist, so lassen sich folgende politisch-ideologischen Strömungen innerhalb der BI-Bewegung analytisch unterscheiden:

- A) **konservative** und/oder **naturromantische** (z.B. Weltbund zum Schutze des Lebens), die in ihren Extremen bis hin zu einer völkischen Natur- und Boden-Ideologie neigen und traditionalistische und/oder anti-kapitalistische Momente einschließen können;
- B) **ökologische**, die ökologische Prinzipien in den Rang kategorischer Imperative erheben, dem Menschen eine Rolle im Kreislauf der Natur zuweisen und die Kritik am großindustriell-bürokratischen Zentralismus - jenseits von Kapitalismus und Sozialismus - in den Mittelpunkt stellen (z.B. Anthroposophen, "Achberger Kreis", "Aktion Dritter Weg");
- C) **reformistische**, die unter weitgehender Bejahung der ökonomischen und politischen Grundstrukturen für eine stärkere Berücksichtigung ökologischer und/oder partizipatorischer Forderungen eintreten; meist gespeist aus liberalen, aufklärerischen und humanistischen Ideen und gestützt durch kirchliche, sozialdemokratische und "bildungsbürgerliche" Kreise;
- D) **demokratisch-sozialistische** (häufig repräsentiert in Friedensinitiativen, Dritte-Welt-Gruppen, Eltern-Initiativen, Berufsverbotinitiativen);
- E) **anti-kapitalistisch-spontaneistische**, die sich überwiegend aus Kreisen der Neuen Linken und dem subkul-

turellen Milieu rekrutieren und

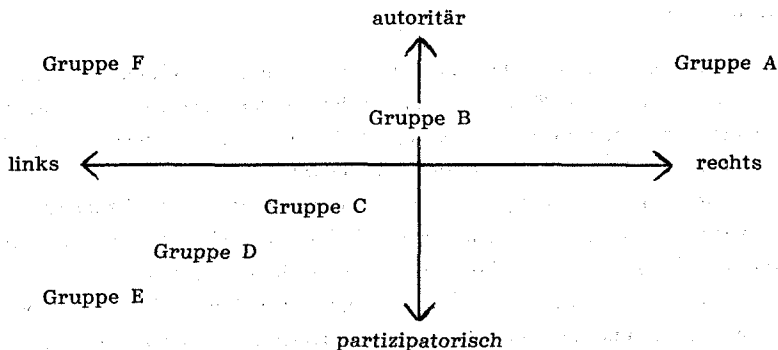
F) o r t h o d o x - k o m m u n i s t i s c h e, die sich vor allem aus versprengten Resten kommunistischer Gruppen und Sekten zusammensetzen.

Die Tatsache, daß sich alle diese Strömungen zu Negativkoalitionen bündeln können und - jeweils zu Teilen - phasenweise in der Partei der "Grünen" zusammenfanden, relativiert die Aussagekraft des Rechts-Links-Kontinuums (vgl. dazu auch GUGGENBERGER 1980, S. 35 ff).

Neue Werthaltungen (Anti-Modernismus, Anti-Konsumerismus, Hedonismus, Partizipation) liegen teilweise quer dazu, obgleich sie wiederum keinen eindeutigen gemeinsamen Nenner für die genannten Strömungen zu bilden vermögen. So kann z.B. der im sub- und gegenkulturellen Milieu vertretene Hedonismus durchaus mit den asketischen Tendenzen konkurrieren, wie sie etwa in den "ökofaschistischen" Tendenzen "rechter" wie "linker" Provenienz anklingen. Insgesamt ergibt sich also ein sehr komplexes Bild, das nur durch eine mehrdimensionale Analyse skizziert werden könnte.

Die aus mehreren Elementen zusammengesetzten Wertaggregate wie Anti-Modernismus oder Postmaterialismus sind m.E. zu vielschichtig, um als eindeutige Kriterien an die neuen Protestpotentiale im allgemeinen und die BI-Bewegung im besonderen angelegt werden zu können. Sie würden wesentliche Differenzierungen verwischen. Deshalb soll hier exemplarisch die engere Dimension partizipatorisch/autoritär herausgegriffen werden. Der Partizipationsgedanke ist insofern von Interesse, weil er einerseits ein Bestandteil des Postmaterialismuskonzepts von Inglehart bildet, zum anderen auch ein wesentliches Element der Identität und Selbststillisierung von BI darstellt. Könnte man auf den ersten Augenschein erwarten, daß BI in ihrer Gesamtheit als partizipatorisch orientierte Gruppen einzustufen wären, so zeigt doch eine nähere Betrachtung signifikante Abweichungen. So befürworten teilweise "rechte" Gruppierungen explizit autoritative oder autoritäre Strukturen. Auf der anderen Seite sind es auch Teile der kommunistischen Kräfte, die mit der Anerkennung von Kaderprinzipien und der Praktizierung einer bis zur Selbstverleugnung reichenden Organisationsdisziplin ihre Affinität zu autoritären Verhaltensweisen offenbaren. Aus der Verknüpfung des auch für BI noch durchaus relevanten Rechts-Links-Schemas<sup>5</sup> mit der Dimension autoritär/partizipatorisch ergibt sich folgende Verortung:

Schema 3: Einordnung politisch-ideologischer Strömungen der Bürgerinitiativen



Bereits diese vereinfachende Skizze vermag einen Hinweis auf das innere Konfliktpotential der BI-Bewegung geben. Dieses entzündet sich allerdings weniger am Streit um abstrakte Prinzipien, sondern vielmehr an praktischen, insbesondere strategischen Fragen: der Legalität oder Militanz von Aktionen, der Einschätzung parlamentarischer Wege, des Verhältnisses zu Sozialdemokratie und Gewerkschaften, der Verknüpfung von ökologischen und anti-kapitalistischen Positionen usw.

Die BI-Bewegung setzt sich aus widersprüchlichen, vielleicht auf lange Sicht: unvereinbaren Kräften zusammen. Sie weist sektiererische, utopisch-naive, reaktionäre und revolutionäre Schlagseiten auf. Obwohl sie in ihrer Gesamtheit eher der politischen Linken zugerechnet werden kann, finden darin durchaus konservative Kräfte und Topoi ihren Platz. Ziele, wie die Erhaltung der Natur, die Förderung von Selbstverantwortung und Eigeninitiative und die Betonung des Subsidiaritätsprinzips haben durchaus bewahrende, "wertkonservative" Aspekte. Auch die Aufwertung des Begriffs Heimat oder die Diskussion der Frage der nationalen Einheit im Lager der "Neuen Linken" und der Alternativbewegung deutet auf die Verschiebung von Frontstellungen. Die Behauptung von Sebastian Haffner, die Grundstimmung in den BI sei nicht revolutionär, nicht einmal evolutionär, sondern schlicht konservativ (vgl. 1974, S. 15), zeugt allerdings weder von einer Kenntnis des Gegenstandes noch von einem Gespür für Differenzierungen. Hier hilft auch Eppers Unterscheidung von Struktur- und Wertkonservatismus nur ein Stück weiter.

Bislang erwiesen sich nach der Zahl ihrer Anhänger wie auch in den anstehenden Sachfragen die Gruppen B und C als dominierend und konnten, wenn auch unter zunehmenden Schwierigkeiten, das Bild der BI in der Öffentlichkeit bestimmen. Bei den Anti-Atomkraft-Initiativen, zuletzt auch bei den Konflikten um die geplante Startbahn West des Frankfurter Flughafens, ergibt sich allerdings eine veränderte Gewichtung. Hier spielen auch die unter D und E genannten Gruppierungen eine bedeutende Rolle und markieren zunehmend eine interne Konfliktlinie.

Die ökologistisch und reformistisch orientierten BI sind zu einem guten Teil organisatorisch wie programmatisch durch den Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) vertreten, der 1972 mit Sitz in Karlsruhe gegründet wurde. Dessen Position soll hier nur in knappen Strichen umrissen werden:

- Der BBU ist ein lockerer Zusammenschluß unabhängiger BI und versteht sich als überparteiliche, außerparlamentarische, basisorientierte und gewaltfreie Organisation.
- Er zielt im Laufe seines Bestehens auf die Verknüpfung einzelner Themen und erweiterte damit den Begriff Umweltschutz. So suchte er nach der anfänglichen Konzentration auf die Energiefrage auch die Felder Chemie/Landwirtschaft/Ernährung, Verkehr und Antimilitarismus/Abrüstung zu integrieren.
- Er beschreitet im wesentlichen konventionelle Verfahrenswege (Pressearbeit, Gerichtsverfahren, Unterschriftensammlungen), öffnet sich jedoch zunehmend auch für Aktionen zivilen Ungehorsams (z.B. Stromteilzahlungsboykott).
- Er pendelt politisch relativ theorie- und orientierungslos zwischen reformistischen und ökologistischen Bestrebungen und weist deshalb programmatische Widersprüche und Inkonsistenzen auf.<sup>6</sup>
- Die überwiegend konventionelle Ausrichtung des BBU machte ihn zu einem anerkannten Verhandlungspartner bei Parteien, Ministerialverwaltungen und Verbänden.
- Er sieht sich aufgrund seiner lobbyistischen Tendenzen einer wachsenden Kritik seiner Basisinitiativen ausgesetzt und sucht dem durch eine verbale Radikalisierung sowie durch innerorganisatorische Veränderungen zu begegnen.<sup>7</sup>
- Trotz einer weitgehenden inhaltlichen Übereinstimmung mit den "Grün-Bunten" verhielt sich der BBU gegenüber dem parlamentarischen Engagement insgesamt skeptisch, obgleich schon die Parteimitgliedschaft ver-

schiedener Repräsentanten des BBU hier eine gewisse Ambivalenz offenbart und zumindest die Vermutung nahelegt, daß hier - zumindest subjektiv - eine Art Doppelstrategie verfolgt wird.

Parallel zu den wachsenden Widersprüchen innerhalb des Verbandes (vgl. RUCHT 1982 a, S. 43 f.) verschärfte sich auch der Gegensatz zwischen BBU und den ihm nahestehenden Gruppen einerseits und den spontaneistischen und autonomistischen Initiativen, so daß man bereits von zwei "Kulturen" im Rahmen der BI-Bewegung sprechen kann.

Dieser Aspekt soll im folgenden mit einem theoretischen Konzept verknüpft und zugleich in einen allgemeineren Zusammenhang gestellt werden. Hierfür scheint mir das Theorem der intermediären Kultur<sup>8</sup> einen geeigneten Ausgangspunkt zu bieten.

### 3. DIE BÜRGERINITIATIVBEWEGUNG ALS TEIL EINER INTERMEDIÄREN KULTUR

Gesellschaften an der Schwelle von der industriellen zur postindustriellen Phase sind durch das Neben- und Gegeneinander von dualistischen Wertorientierungen und politischen Optionen gekennzeichnet. In Abgrenzung zu einer dominanten, durch den traditionellen Fortschrittsimperativ und "materialistische" Werthaltungen geprägten etablierten Kultur entfaltet sich eine neue "postmaterialistische" Kultur. Deren soziale Träger entstammen vorwiegend den Mittelschichten, insbesondere aus dem Humandienstleistungsbereich. Jüngere Entwicklungen legen die Vermutung nahe, daß postmaterialistische Werte teilweise im sub- und gegenkulturellen Milieu übernommen, radikalisiert und mit einer ausgeprägten anti-staatlichen bzw. anti-institutionellen Komponente verknüpft werden. Die derzeit wohl radikalste Negation der etablierten Kultur artikulieren die freiwilligen und unfreiwilligen jugendlichen Aussteiger wie Punks und no future-Gruppen. Hinter den meist aggressiven und provokativen Handlungsweisen und Parolen ("Nieder mit dem Packeis!") stehen durchaus verbindliche Werte, die sich abstrakt mit Elementen des Postmaterialismus-Konzepts (z.B. Selbstverwirklichung) decken können. Allerdings scheinen die konkreten Lebensentwürfe kaum mehr mit denen der "klassischen" Repräsentanten postmaterialistischer Orientierungen zu konvergieren.

Somit bleibt nur der disparate Befund einer sich entwickelnden und in sich differenzierten Gegenkultur, die sich vorerst nur negativ, in ihrer konsequenten Ablehnung der etablierten politischen Kultur samt ihrer bürokratisch-zentralistischen Institutionen, auf einen vagen gemeinsamen Nenner

bringen läßt. In diesem Sinne ist, wenn auch mit länderspezifischen Akzenten, von einer counter culture (THEODORE ROSZAK), einer "zweiten Gesellschaft" (ALBERTO ASOR ROSA), einer "zweiten Kultur" (PETER GLOTZ) oder einer "Gegengesellschaft" (WALTER HOLLSTEIN) die Rede.

Hier wird die These verfochten, daß die BI-Bewegung in ihrer großen Mehrheit nicht eindeutig einer der beiden politischen Kulturen zugeschlagen werden kann. Sie reicht vielmehr in ihrem sozialen Spektrum wie in den zum Ausdruck kommenden politischen Orientierungen und Werthaltungen an beide Pole heran, verdichtet sich allerdings in der Mitte und erfüllt demnach - mit anderen sozialen Bewegungen und Gruppen - die Funktion einer i n t e r m e d i ä r e n K u l t u r. Hierunter soll ein politisch-soziales Milieu verstanden werden, das in einer Phase der Polarisierung zweier Kulturen neue, zunächst von einer Avantgarde vertretene Werte und Ziele in eine sozial relevante Sphäre vermittelt und modifiziert, zugleich aber auch zur Erosion der alten Werte beiträgt. Somit hat diese Kultur sowohl eine transformierende als auch eine integrative Funktion, indem sie den Gegensatz antagonistischer Werte und Politikkonzepte abschwächt. Diese Funktionen kann sie nur erfüllen, wenn sie

- a) eine gesellschaftlich relevante Trägerschaft aufweist,
- b) nach beiden Seiten offen bleibt und einen ständigen Diffusionsprozeß ermöglicht und
- c) einen relativ stabilen Kern bewahrt, so daß der integrative Sog von seiten der alten und neuen Kultur diese intermediäre Kultur nicht vor Zerreißen stellt.

Die Position von Individuen innerhalb der intermediären Kultur ist auf eine zweifache Weise vorstellbar. Zum einen können sie auf einer gedachten Skala zwischen extremen Wertgegensätzen einen Rang derart einnehmen, daß personale und soziale Identität weitgehend zur Deckung gebracht werden und sie gleichsam von einer "festen" Position aus agieren können. Dies kann z. B. für einen Justizbeamten in einem Skalenbereich, für einen freien Künstler im anderen Skalenbereich gelten. Daneben existieren jedoch Individuen, deren Rollenanforderungen in unterschiedlichen sozialen Kontexten weit auseinanderfallen und situationsspezifisch der alten o d e r der neuen Kultur zugeordnet sind. Dies mag z.B. für einen Lehrer gelten, der sich in seiner Freizeit an einem Alternativprojekt beteiligt. Gerade diese Personen erfahren die Diskrepanz unterschiedlicher Wertbezüge, sind besonderen Identitätskonflikten ausgesetzt und gehen deshalb wohl auch

bevorzugt auf die Angebote des "Psychomarktes" ein. Andererseits sind vor allem diese Personen die "Grenzgänger" oder, in einer Formulierung von Rolf Schwendter, die "Drehpunktpersonen" (1978, S. 62) zwischen den Kulturen und vermögen in besonderer Weise intermediäre Funktionen wahrzunehmen. Untersuchungen über die soziale Zusammensetzung von BI lassen darauf schließen, daß dieser Personenkreis dort klar überrepräsentiert ist. Die für den politischen und sozialen Wandel strategisch wichtige Position der Grenzgänger ergibt sich daraus, daß diese einerseits im Rahmen der etablierten Institutionen ihren Platz und ihre Wirkungsmöglichkeiten besitzen und somit der Diffamierung und Stigmatisierung als Randgruppe, Laien, Chaoten, Schmarotzer usw. entgehen. Andererseits sind sie am Aufbau gegenkultureller Projekte und Institutionen beteiligt, leisten finanzielle Unterstützung, bringen ihren Sachverstand ein und werden zunehmend von gegenkulturellen Wertmustern affiziert. Für die Grenzgänger erweist sich also weder das Etikett des "Etablierten" noch das des "Aussteigers" als angemessen.

Unter Berücksichtigung dieses Aspektes, aber auch mit Blick auf die (potentiell) konsensfähigen Gruppierungen im Mittelbereich des aufgezeigten Spektrums, lassen sich große Teile der BI-Bewegung als eine intermediäre Kultur interpretieren. Bezieht man die bereits genannten Voraussetzungen für das Theorem der intermediären Kultur auf diese Bewegung, so stellt sich die Frage nach der sozialen Relevanz der Trägergruppen, der Durchlässigkeit der Randzonen zur etablierten Kultur und zur Gegenkultur und schließlich der Kohärenz des politisch-ideologischen Kerns.

Die erste Voraussetzung kann - im Unterschied etwa zur Studentenbewegung - als erfüllt gelten. Hierfür spricht die Zahl der Mitglieder von BI, aber auch die Überrepräsentation von bereits im Beruf tätigen Mittelschichtsangehörigen (v.a. als "Sinnvermittler") sowie deren sozialer Status und politischer Einfluß. Dagegen fallen die weiteren Antworten schwerer. Das oben ausgefächerte Spektrum läßt jedoch erahnen, daß auch die zweite Bedingung weitgehend eingelöst ist. Auf der einen Seite ist durch die Gruppen A, B und C, auf der anderen Seite durch die Gruppen D, E und F eine Affinität zur etablierten Kultur bzw. zur Gegenkultur gegeben.

Auf die dritte, weitaus problematischere Voraussetzung soll etwas ausführlicher eingegangen werden. Der Kern der BI-Bewegung kann in reformistischen und ökologistischen Strömungen gesehen werden. Hier zeigen sich allerdings Desintegrationstendenzen. Die zentripedalen Kräfte des Kernbereichs scheinen sich abzuschwächen, so daß dieser durch die Sogwirkung



der Randzonen auseinandergezogen wird. Die soll am Beispiel der Anti-Atomkraftinitiativen und ergänzend an Hand der Konflikte um Hausbesetzungen/Wohnungsfragen und der Streits um die Startbahn West des Frankfurter Flughafens angedeutet werden.

Im Vergleich zu wichtigen Teilen der BI-Bewegung (z.B. in den Sektoren Verkehr, allgemeiner Umweltschutz, Soziales) ist bei den Anti-Atomkraft-Initiativen eine stärkere Verankerung im gegenkulturellen Milieu zu verzeichnen. Durch das relativ große Gewicht spontaneistischer Gruppen hat sich der Kern nach links verschoben. Somit läßt sich der Reflex zweier konträrer politischer Kulturen in besonderer Weise nachzeichnen.

Seit wenigen Jahren schälen sich immer klarer zwei relevante Gruppierungen heraus, die die interne Auseinandersetzung bestimmen. Dies ist einmal die Fraktion, die eine ökologistische, reformistische und gewaltfreie Position bezieht. Sie wird organisatorisch weitgehend durch den BBU, die Bürgeraktion Küste (BAK), die BI im Kaiserstühler Raum, die Gruppen der "Gewaltfreien Aktion" und durch überregional bedeutsame BI wie die von Lüchow-Dannenberg (Gorleben) verkörpert. Auf der anderen Seite stehen die "Autonomen", charakterisiert durch einen ausgeprägten anti-staatlichen und anti-institutionellen Affekt, eine anti-kapitalistische Stoßrichtung, die Neigung zu symbolisch-expressiven Politikformen und zu militanten Aktionen. Diese Richtung wird u.a. verkörpert durch große Teile der "Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe" (BUU), den Hamburger "Arbeitskreis politische Ökologie", den "Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie" sowie zahlreiche kleinere Initiativen, welche überwiegend aus den Großstädten kommen.

Beide Fraktionen differieren nicht nur hinsichtlich ihrer sozialen Rekrutierung, Organisations- und Aktionsformen und Politikwahrnehmung, sondern auch hinsichtlich ihrer alltäglichen Interaktionen. Die Bilder eines BBU-Kongresses und eines von den Autonomen dominierten "Bundestreffens" der AKW-Gegner unterscheiden sich in frappierender Weise. Mag sich ein BBU-Treffen noch im Vergleich zu einem Treffen einer der großen Parteien chaotisch oder auch basisnah ausmachen, so wirkt es doch in Relation zu einem Bundestreffen der AKW-Gegner wie ein etwas lebhafterer Parteitag, letztlich strukturiert durch Tagesordnung Geschäftsordnung und auch Vorabsprachen. Debattieren die im BBU vertretenen Gruppen immer wieder über Sinn und Nutzen des parlamentarischen Engagements, so ist dies für die "Autonomen" längst kein Thema mehr, sieht man einmal von den eher lokalbezogenen Bunten bzw. Alternativen Listen ab.

Bisher vermochte die objektive Bedeutung der Atomfrage - und nicht zuletzt die symbolische Funktion dieser Auseinandersetzung - diesen latenten Gegensatz beider Fraktionen zu überbrücken. Zudem ist es die (teils vorhandene) institutionelle Einbindung dieser beiden Strömungen im Rahmen einer örtlichen Initiative, die noch immer zur Vermittlung konfligierender Positionen beiträgt und bisher den Kern der BI-Bewegung zusammenhalten konnte.

Ein analoges Bild bietet sich bei den Konflikten um die "Instandbesetzungen" und um die geplante Startbahn West. Seit Jahren hatten die städtischen Mieterinitiativen wie auch die örtliche Bürgerinitiative in Mörfelden-Walldorf ihr Anliegen in moderater und "legalistischer" Form relativ erfolgreich vertreten. Erst der Eintritt von aktionistischen und militanten Gruppierungen führte zu einer spektakulären Ausweitung der Auseinandersetzung, gleich ob es sich bei den Trägern um Punk- und no future-Gruppen, Angehörige der Sponti- und Alternativszene oder Radikalökologen handelte, welche die politische Legitimitätsfrage an die Beachtung ökologischer Prinzipien koppelten.

Mit der Verbreiterung der kritischen Front wurde jedoch zugleich eine mehr oder weniger manifeste interne Konfliktlinie eingezogen. Diese Gegensätze innerhalb des Lagers der Protestgruppen beruhen nicht allein auf taktischen und inhaltlichen Fragen des Widerstandes gegen das Atomprogramm, die Wohnungspolitik oder ein Flughafenprojekt. Vielmehr ist dieser Konflikt fundamentaler. Er wird durch unterschiedliche Wertbezüge, Politikperzeptionen und Lebensentwürfe bestimmt. Im Unterschied zu gemäßigten Strömungen lehnen autonome Gruppierungen parlamentarisch-repräsentative Strukturen weitgehend ab. Sie sind in ihren persönlichen Verhaltensweisen wie auch in ihren politischen Aktionen hedonistischer orientiert. Sie verstehen sich als integraler Bestandteil einer politischen Gegenkultur, als eine Fundamentalopposition, die das Vertrauen in die reformerische Kraft politischer Institutionen verloren hat und den Staat in erster Linie als ein Instrument politischer Repression interpretiert. Diese unverkennbaren Unterschiede beider Lager (anders gesehen: die sich in Protestbewegungen abzeichnende Inkompatibilität von zwei Kulturen) fördern eine duale Fraktionierung, die andere Kontroversen überlagert, relativiert und bis in vermeintliche Detailfragen (z.B. die Formulierung von Aufrufen und Parolen, Modalitäten bei der Vorbereitung von Demonstrationen) durchschlägt.

Generell scheinen sich diese konträren Wertmuster und Politikperzeptionen immer mehr zu profilieren und voneinander zu entfernen. Letzteres zeigt sich m.E. vor allem an der Welle von Jugendunruhen und Hausbesetzungen. Hierbei stützten sich viele der Beteiligten mehr auf die Aktionsformen der BI und wollten auch den Begriff des "Bürgers" nicht mehr für sich reklamieren. Diese Protestformen sind eher von einer Strategie der "Spaßguerilla" bestimmt, deren Motive allerdings nicht mit Hedonismus, sondern mit Verbitterung und Aggression zu umschreiben sind.

Übernimmt man das Konzept der intermediären Kultur und seine Anwendung auf die BI-Bewegung, so erhält man einige Kriterien für die Einschätzung dieser Bewegung, die über die Analyse von Selbstdarstellungen, spektakulären Einzelkonflikten und quantitativen Erhebungen zur Mitgliederstruktur, Werthaltung usw. hinausweisen. Dieser Schritt in Verbindung mit einer differenzierten Sichtweise des politischen Spektrums ermöglicht auch einen kritischen Maßstab gegenüber vorschnellen Verdikten wie "neoromantisch" oder "systemkonform". Die bisherigen Befunde zeigten, daß die intermediäre Funktion, die die BI-Bewegung einzunehmen in der Lage war, dadurch unterminiert wird, daß sich die Frontstellungen zwischen etablierter Kultur und Gegenkultur zunehmend in die Bewegung hinein verlängern und gerade die gemeinsamen Voraussetzungen und Lernprozesse abzuschneiden drohen, die eine Grundlage für den Aufschwung dieser Bewegung bildeten.

#### 4. ZUR EINSCHÄTZUNG DER BÜRGERINITIATIVBEWEGUNG

Im folgenden wird (a) auf die Rolle von BI im Rahmen konkreter Konflikte mit der politischen Administration, (b) auf ihre Bedeutung als eine außerparlamentarische Kraft und (c) ihr Verhältnis zu anderen Protestbewegungen eingegangen. Abschließend soll auf einige forschungsstrategische Gesichtspunkte verwiesen werden.

(a) Bei lokal begrenzten Konflikten zeigte sich bislang, daß die Mißerfolge von BI gegenüber Erfolgen bzw. Teilerfolgen eher überwiegen.<sup>9</sup> Dennoch läßt die auf seiten der politischen Administration erkennbare Bevorzugung von anderen Partizipationsformen wie Planungszellen, Bürgerforen, Planungsbeiräten, Anwaltsplanung, Bezirksausschüssen usw. (vgl. RUCHT 1982) und ihre gleichzeitig feststellbare Distanz gegenüber BI den Rückschluß zu, daß BI

- im Einzelfall einen ernstzunehmenden Kontrahenten für die Verwaltung darstellen können und

- nicht generell unter "integrative" Partizipationsformen einzureihen sind.

Dies wird auch dann deutlich, wenn man sich die strukturellen Ausgangspositionen von BI und politischer Verwaltung vor Augen führt. Diese lassen keinen Schluß auf den konkreten Konfliktverlauf zu, zeigen aber doch, daß BI auch eine Reihe von prinzipiellen Vorteilen auf ihrer Seite haben, die sich unter für sie günstigen Bedingungen als ausschlaggebend erweisen können.

Schema 4: Ausgangspositionen von Bürgerinitiativen und politischer Verwaltung

Position	Bürgerinitiativen	politische Verwaltung
Handlungsmotiv	Betroffenheit	Zuständigkeit
Rechtfertigung	Vermutung der Legitimität	Vermutung der Legalität
Handlungsmuster	ungeregelt autonom unkonventionell laienhaft spontan	geregelt hierarchisch konventionell professionell dauerhaft
sachliche Ressourcen personale Ressourcen	relativ begrenzt relativ unbegrenzt	relativ unbegrenzt relativ begrenzt
Statusvorteil Statusnachteil	Bürgerbonus Privatheit, Partikularismus	Amtsbonus Bürokratismus

In der Regel sind es BI, die in konkreten Auseinandersetzungen politische Planer in Argumentations- und Legitimationsnöte bringen und hierbei - will man demoskopischen Ergebnissen folgen - meist große Teile der Bevölkerung (allerdings passiv) hinter sich wissen.<sup>10</sup> Diese Legitimationsnöte bleiben jedoch weitgehend folgenlos, solange die einzelnen Konfliktfälle isoliert behandelt und "abgearbeitet" werden können und sich bei der breiten Bevölkerung lediglich ein diffuses und perspektivloses Unbehagen gegenüber der Staatsbürokratie oder den Parteien abzeichnet.

Das Auftreten zahlreicher, von Kritikern als "Landplage" (F.A.Z. v. 7.9. 1976) gescholtener BI hat die Programme in einzelnen Politikfeldern (z.B. Verkehr, Energie) unverkennbar beeinflußt und scheint insbesondere bei wachstumsorientierten Planern und Politikern einen Reflexionsprozeß in Gang gesetzt zu haben. Somit dürfte sich bereits die bloße Existenz von BI prohibitiv auf das Ausmaß und die inhaltliche Gestaltung künftiger Pläne und Programme auswirken.

(b) Die Mehrheit der BI steht dem System parlamentarischer Interessenvertretung skeptisch, jedoch keineswegs ablehnend gegenüber (vgl. GUGGENBERGER 1980). Bereits die Zahl der Personen, die zugleich Mitglieder einer BI und einer Partei sind, dürfte nicht unerheblich sein, obgleich hierzu keine verlässlichen Daten, sondern nur indirekte Hinweise vorliegen. Die Anhänger dieser Position sehen in den Parteien eine unverzichtbare, zumindest eine nicht zu umgehende Form der politischen Interessenvertretung.

Daneben steht allerdings eine Minorität, die sich bewußt - häufig nach jahrelanger aktiver Mitgliedschaft - von den Parteien und dem System der parlamentarischen Repräsentation abgewandt hat. Gerade aus diesen Kreisen kommen auch die Kritiker der Partei der "Grünen", welcher sie trotz weitgehender inhaltlicher Übereinstimmung mit Zurückhaltung oder Ablehnung begegnen.<sup>11</sup> Ausgehend von einer Dialektik von Form und Inhalt verweisen sie auf die Mechanismen der Stimmenmaximierung und Machterhaltung, auf die sich hieraus ergebenden Zwänge, denen sich auch "alternative" Parteien entgegen ihres Anspruchs nicht entziehen könnten, sobald sie sich mit den etablierten Parteien messen müssen. Die spezifische Form der Partei, vor allem die Logik der Kanalisierung von Interessengegensätzen und die Logik des Mehrheitsprinzips schlage somit auf den Inhalt zurück, führe zu einer Befriedung oppositioneller Standpunkte und nehme letztlich der politischen Intention des Protests die Spitze. Hinzu komme, daß die Annäherung an oder gar organisatorische Verflechtung von BI mit einer bestimmten Partei diejenigen Sympathisanten bzw. Mitglieder von BI desavouieren würde, die einer anderen Partei zuneigen. Schließlich wird auch auf die strukturelle Dominanz von Parteiapparaten, den Kräfteverschleiß in aufwendigen Wahlkämpfen und den möglichen Rückfall in eine "Stellvertreterpolitik" verwiesen.

M.E. wurden diese Kritikpunkte innerhalb der Anti-AKW-Initiativen in schärferer Form und auf breiterer Basis als bei den BI in anderen Problemfeldern artikuliert. Es wird insbesondere von der Weiterentwicklung

korporatistischer Strukturen und den Formen der Konfliktverarbeitung in den großen Parteien abhängen, ob anti-etatistische und außerparlamentarische Protestpotentiale zunehmen. Dies ist somit nicht nur eine Frage der politischen Programmatik von Parteien, sondern auch der politischen Formen, insbesondere der Behandlung von gesellschaftlichen und parteiinternen Minderheiten. Solange diese durch Verbalkompromisse, den Verweis auf "Sachzwänge", durch schlichtes Überstimmen oder durch die Berufung auf ein übergeordnetes Gesamtinteresse neutralisiert werden können, besteht auch die Wahrscheinlichkeit, daß außerparlamentarische Initiativen an Terrain und Brisanz gewinnen, fallweise oder auf Dauer diese außerparlamentarischen Protestbewegungen verstärken oder auch zu neuen Parteienkonstellationen führen (vgl. OFFE 1980).

(c) Das Verhältnis der BI-Bewegung zu anderen Protestpotentialen möchte ich nur kurz und in begrenzten Ausschnitten streifen, zumal ich die derzeitige Situation anderer Protestbewegungen kaum einzuschätzen vermag.

Große Teile der BI-Bewegung, insbesondere die Initiativen gegen Atomenergie, sind integraler Bestandteil einer weiter gespannten Ökologiebewegung, die allerdings das Attribut "Bewegung" kaum verdient<sup>12</sup>, sondern sich eher durch die gemeinsame Anerkennung relativ diffuser und interpretationsfähiger Topoi auszeichnet.

Konkreter ist die Öffnung der BI-Bewegung gegenüber der Friedensbewegung (und partiell gegenüber den Dritte-Welt-Gruppen). Diese Annäherung fand z.B. einen organisatorischen Niederschlag in der "Koordination Ökologie und Frieden"<sup>13</sup>, in einer ersten Demonstration gegen die zivile und militärische Nutzung der Atomenergie sowie der Friedensdemonstration im Oktober 1981 in Bonn als der bislang größten Protestkundgebung in der Geschichte der Bundesrepublik.

Ähnliches gilt auch für die Frauenbewegung. Einerseits sind im Rahmen der Anti-AKW-Bewegung spezifische Fraueninitiativen entstanden, andererseits zeichnet sich auch im Rahmen der Frauenbewegung eine wachsende Sensibilität für ökologische Themen ab und führte auch bereits zu mehreren gemeinsamen Aktionen.<sup>14</sup>

Dagegen scheinen die radikalen (jugendlichen) Proteste in Verbindung mit Hausbesetzungen und Stadtsanierungsmaßnahmen an den BI sich vorbeizuentwickeln und sowohl hinsichtlich des "Stils" der Aktionen wie auch der Perzeption von Politik eine neue Qualität anzunehmen.

Diese Tendenzen, aber auch der sehr spezifische Erfahrungsbereich der einzelnen (Teil-) Bewegungen und schließlich deren Verständnis von Autonomie und Dezentralisation lassen allerdings vermuten, daß keine "Sammelbewegung aller Alternativen" ansteht. Die entscheidende Resultante all dieser Kräfte, die von Außenstehenden meist hilflos als heterogen, schillernd, chaotisch, bunt usw. beschrieben werden, muß wohl unterhalb der Ebene manifester Konflikte gesucht werden, denn "Institutionen können" - zumindest hier stimme ich mit Niklas Luhmann überein - "das Schwinden eines faktischen Konsensus lange überdauern" (1970, S. 122).

## 5. FOLGERUNGEN

Abschließend soll auf einige Probleme des analytischen Zugriffs auf die neuen Protestbewegungen eingegangen werden.

a) Am Beispiel der BI-Bewegung wurde zu zeigen versucht, daß selbst dieser Ausschnitt aus dem Spektrum der Protestbewegungen wiederum ein differenziertes Spektrum in sich birgt. Insofern halte ich es für riskant, diese Protestbewegungen lediglich an einzelnen programmatischen Aussagen oder an ihren (meist durch die etablierten Medien vermittelten) Erscheinungsformen zu messen.

b) Deshalb sind auch abstrakte Zuschreibungen wie "neoromantisch", so sehr sie für Einzelphänomene zutreffen mögen, prinzipiell problematisch. Ich sehe zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt in ihrer Verwendung eher einen Ausdruck selektiver Wahrnehmung und mangelnder empirischer, insbesondere hermeneutischer Anstrengung. Sofern eine derartige Charakterisierung jedoch einer funktionalistischen Gesellschaftsanalyse entspringt, welche die neuen Protestpotentiale lediglich als anomische, regressive Flucht- und Verweigerungstendenzen angesichts eines unaufhaltsamen Modernisierungsprozesses deutet, scheint mir in der Hypostasierung der "Unausweichlichkeit" und "Fortschrittlichkeit" der Modernisierung ein Moment zu liegen, das kaum weniger irrational ist als der Versuch, zu vorindustriellen Vergesellschaftungsformen zurückzukehren. In welchen Bahnen das "Projekt der Moderne" (HABERMAS) voranzutreiben wäre, ist nicht nur eine Frage von Imperativen der Systemsteuerung, sondern auch des physischen und psychischen Wohlbefindens der Individuen und der langfristigen Überlebensbedingungen der menschlichen Gattung.

c) Die zeitliche Dynamik dieser Bewegungen, vor allem die Rolle von Kontinuitätsbrüchen und kollektiven politischen Erfahrungen, bleibt bei der

Mehrzahl gängiger Studien und Urteile unberücksichtigt, obgleich sie für die Analyse dieser Bewegungen einen wichtigen Erklärungsfaktor bilden.

d) Die vorliegenden empirischen Untersuchungen zu BI, auf die hier nicht eingegangen wurde, sind wenig aussagekräftig.<sup>15</sup> Zum einen fehlt eine systematische Auswertung von Fallstudien, soweit hier überhaupt von Vergleichbarkeit die Rede sein kann. Zum anderen sind die Ergebnisse von Befragungen meist trivial und/oder methodisch fragwürdig. Z.B. sind in allen mir bekannten Studien die stärker institutionalisierten BI stark überrepräsentiert, weil diese über Verbände, Adressenlisten, formalisierte Kontakte usw. leichter zu erreichen sind und wohl einen höheren Anteil an den Rücklaufquoten der Fragebögen stellen.

e) Es fehlen Untersuchungen, die sich auf die "Tiefenstruktur" von BI beziehen. Hierunter fallen Fragen zum Verhältnis von formellen und informellen Strukturen, zu Wertorientierungen und Politikwahrnehmung, zur Rolle von BI als Sozialisationsagenturen usw.

f) Erst die theoretische wie empirische Untersuchung der Entwicklungsdynamik und der "Tiefenstruktur" würde auch die Fragen klären helfen, worin der Beitrag der BI im besonderen und der neuen sozialen Bewegungen im allgemeinen zum Wertwandel besteht; ob diese Bewegungen einer einheitlichen Erklärungsperspektive unterworfen werden können und wo Differenzierungen angebracht erscheinen. Das Beispiel der Frauenbewegung zeigt m.E., daß die Bedeutung einer sozialen Bewegung nur unzureichend durch manifeste politische Konflikte erfaßt werden kann und die sozialwissenschaftliche Fixierung auf diesen Bereich eher den Blick auf langfristig bedeutsamere Wandlungen verstellt.

g) Eine Forschungsstrategie mit dem Ziel, den Zusammenhang von Protestbewegungen und Wertwandel aufzuklären, hätte sich m.E. auf folgende Aufgaben zu konzentrieren:

- die diachronische und vergleichende Analyse der relevanten Protestbewegungen im Hinblick auf soziale Rekrutierung, Rolle als Sozialisationsagentur, Einfluß auf Politikperzeption und Wertorientierungen;
- die Analyse der Interaktionen an den Nahtstellen intermediärer Kulturen sowie die Analyse der direkten Konfrontation von etablierter Kultur und Gegenkultur auf dem Hintergrund des zunehmenden Problemüberhangs großindustrieller bzw. spätkapitalistischer Vergesellschaftung.



## ANMERKUNGEN

Für kritische und konstruktive Hinweise danke ich besonders Karl-Werner Brand, Bernd Marin und Wilfried Nelles.

1) "Großer Ratschlag - Alternative Ökonomie" bzw. "Großer Ratschlag - Soziale Protestbewegungen und sozialistische Politik" lautete das Motto zweier Veranstaltungen des Sozialistischen Büros im Oktober 1978 in Hamburg und im Juni 1980 in Frankfurt.

2) Nach Theodor Ebert setzte sich der Begriff Bürgerinitiative "erst etwa 1969 durch, populär gemacht durch Journalisten, die davon berichteten, daß diese Initiativen überall wie 'Pilze aus dem Boden sprießen'" (1977, S. 64). Zur Entstehungs-/Gründungszeit von Bürgerinitiativen vgl. Hegner 1980, S. 79.

3) Dies zeigte sich insbesondere bei den Bundesparteitagen der SPD und der FDP im Herbst 1977. Gemessen an den Beschlüssen und Anträgen der unteren Parteigliederungen hätte sich sogar eine Mehrheit der SPD-Delegierten kritisch bzw. ablehnend zur Atomenergie stellen müssen. Die drohenden Konflikte konnten durch Kompromisse wie "für Kohle und Kernenergie" sowie durch das Junktim zwischen dem weiteren Ausbau der Atomenergie und der Sicherung der nuklearen Entsorgung überbrückt werden. Kritiker aus den Reihen der SPD brachten die Haltung ihrer Partei ironisch auf den Begriff: "Mit Schmidt und Eppler für und gegen Kernenergie".

4) Besonders drastisch zeigte sich eine derartige Entwicklung in Hamburg. Mitglieder des Kommunistischen Bundes (KB) hatten nahezu alle, nach Stadtteilen gegliederten, Anti-Atom-Initiativen zu unterwandern vermocht. Daraufhin kam es zu einer Spaltung des Koordinationsgremiums in ein "autonomes" und ein vom KB dominiertes Plenum.

5) Nach einer vom Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" in Auftrag gegebenen Repräsentativerhebung stuften sich 60 % der Wählerschaft der "Grünen" als politisch links, 25 % als politische Mitte und 11 % als rechtsstehend ein (Der Spiegel v. 7.12.1981, S. 85 ff). Schon aus der Tatsache, daß dieses Ordnungsschema für die Selbsteinstufung akzeptiert wurde, läßt sich auf seine Orientierungsfunktion schließen. Bürgerinitiativen und grüne Wählerschaft sind zwar nicht identisch, doch dürfte der hier gezeigte Schluß prinzipiell auf die Initiativgruppen übertragbar sein.

6) Vgl. den vom BBU herausgegebenen "Forderungskatalog für ein Öko-Konzept in der BRD", abgedruckt in: Müller-Witt (Hrsg.) 1980. Der Begriff der "ökologischen Wirtschaft", der hier der "heutigen Form der Marktwirtschaft" und auch der "zentralistischen Planwirtschaft" gegenübergestellt wird, bleibt völlig diffus. Insbesondere wird nicht geklärt, ob und in welchem Rahmen dem Markt auch künftig eine Steuerungsfunktion zukommen soll.

7) Hierzu gehört u.a. der Aufbau und die Integration von Landesverbänden sowie die Einrichtung von fachspezifischen Arbeitskreisen, die die bislang dürftige Kommunikation zwischen den lokalen Initiativen untereinander sowie zwischen diesen und dem Bundesvorstand intensivieren sollen.

8) Der Begriff "intermediäre Kultur" oder "Zwischenkultur" wurde von Theodor Ebert in die bundesrepublikanische Diskussion eingeführt und zum ersten Mal von Joseph Huber (vgl. 1980, S. 73 ff) in systematischer Form verwendet.

9) Die Ergebnisse einzelner Untersuchungen weichen stark voneinander ab. Nach einer Studie von Lange aus dem Jahr 1973 hatten 10 % der be-

fragten Gruppen einen Erfolg, 56 % einen Teilerfolg und 23 % einen Mißerfolg zu verzeichnen. Die entsprechenden Ergebnisse bei Andritzky/Wahl-Terlinden aus dem Jahr 1977 lauteten 12,1 % (Erfolg), 35,0 % (Teilerfolg) und 49,2 % (Mißerfolg). Vgl. die zusammenfassende Tabelle bei Rüdig (1980, S. 155). Dabei dürften die Angaben von Andritzky/Wahl-Terlinden sowohl wegen ihrer größeren Aktualität wie auch der größeren Anzahl der befragten Initiativen (331 gegenüber 96 bei LANGE) aussagekräftiger sein.

10) Laut verschiedenen Meinungsumfragen ist die Bereitschaft, in einer Bürgerinitiative mitzuarbeiten, etwa dreimal so groß wie die Motivation zur Parteimitgliedschaft (vgl. RUDIG 1980, S. 139). Weitere Erhebungen, deren Ergebnisse allerdings je nach Zeitpunkt und Formulierung der Fragen variieren, ergaben eine insgesamt sehr positive Einschätzung von Bürgerinitiativen. Zudem finden Bürgerinitiativen auch eine wesentlich höhere Glaubwürdigkeit bei der Bevölkerung als ihre Kontrahenten in Politik, Verwaltung und Wirtschaft (vgl. ebd. S. 140).

11) Exemplarisch für diese Position ist eine Stellungnahme der Berliner Bürgerinitiative Westtangente e.V. zur Wahlbeteiligung. Dort heißt es u.a.: "Wir sehen die große Gefahr, daß durch Wahlbeteiligung die bereits entstandenen alternativen Formen politischen Handelns innerhalb der Bürgerinitiativen durch die Tendenz zu parteiähnlichen Strukturen und Arbeitsformen wieder zerstört werden. ... Wenn wir meinen, daß wir in die Parlamente müssen, um es dann 'besser zu machen', sprechen wir damit aus, daß es an den Parlamentariern liegt, nicht aber an deren Rollen in einem festgefahrenen System. Bürgerinitiativen sind nicht nur im Konflikt zum Parlamentarismus entstanden, sondern haben sich wegen der Erfolglosigkeit parlamentarischer Wege von Anfang an deutlich im außerparlamentarischen Bereich bewegt" (1979, S. 83).

12) Uwe Thaysen z.B. lehnt sogar für die Gesamtheit der Bürgerinitiativen den Begriff "Bewegung" ab, da hierfür die "vorauszusetzende ideologische und strategische Homogenität für eine Vielzahl von Bürgerinitiativen aus noch aufzuzeigenden Gründen nicht vorausgesetzt werden kann" (1978, S. 135, Anm. 6). Rammstedt, der sich ausführlich mit dem Begriff der "sozialen Bewegung" befaßt hat, macht allerdings gegen die Position von Thaysen gute Gründe geltend (vgl. 1980, S. 585 ff).

13) Dieses Koordinationsgremium wird im wesentlichen getragen vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz und der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK).

14) Das Anliegen der Anti-AKW-Bewegung wird z.B. nachhaltig durch die Berliner Frauenzeitschrift "Courage" und durch eine Vielzahl von Frauengruppen unterstützt. Eine der ersten großen Aktionen war das Oster-Treffen 1980 von mehreren tausend Frauen in Gorleben.

15) Wolfgang Rüdig, der die bislang genaueste und vollständigste Sekundäranalyse der vorliegenden empirischen Erhebungen zu Bürgerinitiativen in der Bundesrepublik vorgenommen hat, kommt zu dem lapidären Fazit: "Empirische Studien, deren Ergebnisse Repräsentativität für das Gesamtphänomen 'Bürgerinitiativen' in der Bundesrepublik Deutschland beanspruchen können, gibt es nicht" (1980, S. 174).

## LITERATURVERZEICHNIS

- BERGER, P. u.a. (1975): Das Unbehagen in der Modernität, Frankfurt, New York
- BÜRGERINITIATIVE WESTTANGENTE E.V. (1979): Diskussionspapier zur Wahlbeteiligung. In: PETERS, J.(Hg.), Alternativen zum Atomstaat. Das bunte Bild der Grünen. Berlin
- EBERT, T. (1977): Von den Bürgerinitiativen zur Ökologiebewegung. In: Vorgänge 3/1977
- GUGGENBERGER, B. (1980): Bürgerinitiativen in der Parteiendemokratie. Von Ökologiebewegung zur Umweltpartei, Stuttgart
- HAFFNER, S. (1974): Bürgerinitiativen: Sinn und Unsinn. In: Bürgerinitiativ, Stuttgart
- HALLERBACH, J.(Hg.) (1978): Die eigentliche Kernspaltung. Gewerkschaften und Bürgerinitiativen im Streit und die Atomkraft. Darmstadt und Neuwied
- HEGNER, F. (1980): Historisch-gesellschaftliche Entstehungsbedingungen und politisch-soziale Funktionen von Bürgerinitiativen. In: HAUFF, V. (Hg.), Bürgerinitiativen in der Gesellschaft. Villingen-Schwenningen
- HEINZE, R.G. (1981): Neokorporatistische Strategien in Politikarenen und die Herausforderung durch neue Konfliktpotentiale. In: v. ALEMANN, U. (Hg.), Neokorporatismus, Frankfurt, New York
- HOLLSTEIN, W. (1979): Die Gegengesellschaft. Alternative Lebensformen. Bonn
- HUBER, J. (1980): Wer soll das alles ändern? Die Alternativen der Alternativbewegung. Berlin
- INGLEHART, R. (1977): The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles Among Western Publics. Princeton, N.J.
- LUHMANN, N. (1970): Soziologie als Theorie sozialer Systeme. In: Ders., Soziologische Aufklärung. Opladen
- MARIN, B. (1980): Neuer Populismus und "Wirtschaftspartnerschaft". In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 2/1980
- MAYER-TASCH, P.C. (1976): Die Bürgerinitiativbewegung. Der aktive Bürger als rechts- und politikwissenschaftliches Problem. Reinbek bei Hamburg
- MEZ, L./WILKE, M.(Hg.) (1977): Der Atomfanz. Gewerkschaften und Atomkraft. Berlin
- MÜLLER-WITT, H.(HG.) (1980): Arbeitsplätze contra Umwelt. Freiburg i.Br.
- OFFE, C. (1980): Konkurrenzpartei und kollektive politische Identität. In: ROTH, R.(Hg.), Parlamentarisches Ritual und politische Alternativen. Frankfurt a.M.
- RAMMSTEDT, O. (1980): Die Bürgerinitiativbewegung unter Ideologisierungszwang. In: HAUFF, V.(Hg.), Bürgerinitiativen in der Gesellschaft. Villingen-Schwenningen
- RASCHKE, J. (1980): Politik und Wertwandel in den westlichen Demokratien. In: beilage zur wochezeitung das parlament B 36/80
- RUDIG, W. (1980): Bürgerinitiativen im Umweltschutz. Eine Bestandsaufnahme der empirischen Befunde. In: HAUFF, V.(Hg.), Bürgerinitiativen in der Gesellschaft. Villingen

RUCHT, D. (1980): Von Why! nach Gorleben. Bürger gegen Atomprogramm und nukleare Entsorgung. München

RUCHT, D. (1982): Planung und Partizipation. Bürgerinitiativen als Reaktion und Herausforderung politisch-administrativer Planung. München

RUCHT, D. (1982 a): Unkonventionelle Verbände? - Bürgerinitiativen zwischen Protest und Integration. In: Sozialwissenschaftliche Informationen für Unterricht und Studium 1/1982

SCHWENDTER, R.(1980): Theorie der Subkultur. Neuausgabe mit einem Nachwort, sieben Jahre später. Frankfurt a.M.

SPECHT, H. (1973): Disruptive Taktiken in der Gemeinwesenarbeit. In: MÜLLER, W./NIMMERMANN, P.(Hg.), Stadtplanung und Gemeinwesenarbeit. Texte und Dokumente. München

THAYSEN, U. (1978): Bürgerinitiativen, Parlamente und Parteien in der Bundesrepublik. Eine Zwischenbilanz (1977). In: GUGGENBERGER, B./KEMPF, U.(Hg.), Bürgerinitiativen und repräsentatives System. Opladen